



Volksrat der Russlanddeutschen

Postfach 480405, 12254 Berlin Email: volksrat-rd@gmx.de Web: <http://rd-zeitung.eu>

Herrn Dr. Bernd Fabritius,
Beauftragter für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten,
BMI, Alt-Moabit 140,
10557 Berlin

16.08.2020

Betr.: die Aufnahme als Spätaussiedler die Familie Naimayer

Sehr geehrter Herr Fabritius,

weil in 30 Jahren der Zusammenarbeit des BMI mit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland keine Strukturen geschaffen wurden sind, an diese unseren Landsleuten sich bei Bedarf umgehend wenden könnten um Schutz ihrer Rechten und gegen Willkür der Behörden zu auffinden, bin ich gezwungen mich an Sie zu wenden.

Es geht um die Aufnahme als Spätaussiedler die Familie Naimayer (Antragsteller Naimayer Yelena 16.08.1991 TSII6/2015- 0224 -0106- A41).

Diese Familie hat den Aufnahmebescheid und die Einladung erhalten und ordnungsgemäß nach Deutschland eingereist.

In das Durchgangslager Friedland angekommen, stellte sich fest, daß in dem Antrag fehlt die Geburtsurkunde des Vaters und eine Bescheinigung über die Rehabilitation des Großvaters.

Die Behörden haben verlangt, die Familie sollte sofort Deutschland verlassen. Am Montag, den 17. August 2020 soll diese Angelegenheit endgültig geklärt werden.

Aus meiner Sicht allein die Tatsache, daß der Familie den Aufnahmebescheid und die Einladung erteilt worden war, trotz das Ausbleiben irgendwelchen Papieren (es ist auch noch fraglich, ob die überhaupt eine wesentliche Rolle spielen?), ist nicht das Verschulden der Familie, sondern der Behörden in Friedland.

Die fehlende Unterlage könnte man auch ohne großen Aufwand etwas später nachreichen (solche Schritte sind schon mittlerweile in die Wege geleitet) und es besteht keine Notwendigkeit diese Familie zurück ins NICHTS zu schicken.

Wir sehen den Versuch, diese Familie zurück nach Kasachstan abzuschieben als vorsätzliche Provokation und aufstacheln der Deutschen aus Russland, was für politischen Zwecken mißbraucht werden kann. Ebenfalls schließen wir nicht aus, daß das Ziel diese Provokation daraus bestehen kann, die Russlanddeutsche zu einer Protestaktion zu provozieren um sie dann an das "falsche Verstehen die Situation" zu beschuldigen, um wieder mal sich aus der Tasche der Steuerzahler zu bedienen und Millionen für den Kampf gegen "falschen

Auffassungen" der Deutschen aus Russland zu verschwenden, so wie es schon einmal gemacht wurde, 2016 «im Fall Lisa».

Wir bitten Sie diese Provokation und Willkür der Behörden in Friedland zu beenden und das Missverständnis in Fall der Familie Naimayer zu klären um eine weitere Deportation zu verhindern, gerade vor dem 79. Trauertag der Deportation der Deutschen aus der Wolgarepublik.

Mit freundlichen Grüßen

Andrei Triller

Vorsitzender des Volksrates der Russlanddeutschen,

Mitglied der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland